

Haushaltsrede der Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger zum Haushalt 2016



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Haushaltssatzung ist vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beraten und ist nach dessen Beschluss der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen; sie soll ihr spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen. So schreibt es die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg vor. Die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2016 begannen jedoch aus verschiedenen Gründen, anders als in der Gemeindeordnung vorgesehen, erst mit der öffentlichen Einbringung am 10. Mai, danach folgten die interne Beratung der Fraktionen und Info der Bevölkerung über die Homepage der Gemeinde in den Pfingstferien, am 31. Mai fand die nichtöffentliche Beratung durch die beiden Ausschüsse statt und am 10. Juni die öffentliche Beratung und Verabschiedung des Haushaltsplanes. Das hat sich die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger anders vorgestellt, als wir bereits im letzten Jahr den Antrag gestellt haben, künftig alle Sitzungen und Beratungen zum Haushalt öffentlich zu führen. Vor allem verstehen wir nicht, weshalb, nachdem die Beratungen erst im Mai begannen, man es jetzt plötzlich so eilig hatte, und die Vorberatungen in nur eine einzige gemeinsame nichtöffentliche AUT und FA-Sitzung zwängte.

Der Haushalt 2016 hat ein Volumen von knapp über 50 Mio. Euro. Diese verteilen sich auf rund 40,8 Millionen im Verwaltungshaushalt und rund 9,3 Millionen im Vermögenshaushalt. Die Zuführungsrate vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt beträgt gerade mal 341.000 Euro. Das bedingt eine Entnahme von rund 3,8 Millionen Euro aus der Rücklage und bedeutet, dass wir ein strukturelles Problem haben, das eigentlich durch Einnahmesteigerung nicht zu lösen ist. Denn zur Einnahmesteuerung kann die Gemeinde ohnehin nur die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen, beide Einnahmearten sind jedoch durchweg konstant und können auch nicht ansatzweise den Haushaltsausgleich in künftigen Jahren sicherstellen.

Wir hatten in unserer Haushaltsrede des letzten Jahres schon ausgeführt, dass die allgemeine Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt auf sehr niedrigem Niveau, sehr unstetig und planerisch nicht belastbar ist. Nicht getätigte Investitionen und Kreditaufnahmen sind keine strukturellen Verbesserungen, sondern nur Verschiebungen ins nächste Jahr. Und Grundstückserlöse stehen in künftigen Jahren auch nicht mehr in der Höhe wie 2015 zur Verfügung.

Solange man weniger Ausgaben als Einsparungen verkauft, wird sich am Gesamten nichts ändern. Ein ganz großes Problem steckt unseres Erachtens aber auch in der nicht stichtagsgerichten und zeitnahen Planaufstellung. Zwar verlief das Haushaltsjahr 2015 grundsätzlich positiv, die Verbesserungen in Höhe von 3,5 Mio. € sind aber der Situation geschuldet und nicht strategischer Natur. Besonders die 1,2 Mio. € im Sachkostenbereich dürfen dabei hinterfragt werden. Hier handelt es sich unter Umständen nicht um Einsparungen, sondern um aus nicht bekannten Gründen nicht getätigte Ausgaben, also nur „weniger Ausgaben“.

Wie soll es weitergehen? Die Entwicklung der allgemeinen Rücklagen ist besorgniserregend. Ende 2017 wird die allgemeine Rücklage voraussichtlich nur noch rund 1 Mio. € betragen. Für Liquiditätszwecke sind rund 780.000 Euro gefordert. Bei den wesentlichen Einnahmen wie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen gibt es immer einen Unsicherheitsfaktor und es ist fraglich, ob nicht auch dieser Betrag schon vorher gebraucht werden wird und daher eine Zahlungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Nach der fast schon schockierenden Information aus der Sitzung vom 31. Mai kann man getrost unterstellen, dass dies auch so kommen wird.

Der kritische Punkt ist die Entwicklung der Schulden. Die Gesamtverschuldung steigt von Ende 2014 mit 14,7 Mio. € um 17,1 Mio. € in 2019 auf 31,8 Mio. € eine Steigerung von 116 %. Ausweislich des Nachtragshaushalts entfallen davon nur 3 Mio. Euro auf die Position Asylantenunterkunft, 14,1 Mio. € sind also „hausgemacht“. Vor diesem Hintergrund müssten eigentlich alle Maßnahmen im Vermögenshaushalt auf den Prüfstand, auch liebgewonnene Dinge im Verwaltungshaushalt müssen in Frage gestellt werden. Dazu zählt unseres Erachtens auch die Personalsituation. Es hat in der Verwaltung in den letzten 10 Jahren erhebliche Personalmehrungen gegeben, nicht nur im Bereich der Kleinkindbetreuung, sondern auch im Rathaus. Wir bezweifeln, dass eine weitere, zu der im Personalplan für 2016 bereits ausgewiesenen Stelle im Rechnungsamt, wie sie im Rahmen der Haushaltsberatungen aus den Reihen des Gemeinderates beantragt wurde, notwendig ist.

Des Weiteren müssen wir, auch wenn es unpopulär ist, über eine Erhöhung der Gruppenbelegung in der Kinderbetreuung nachdenken, wie es andere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, die fast alle die gleichen finanziellen Probleme wie wir haben, bereits schon getan haben. Solange der Bund und das Land nur vorschreiben wie die Kinderbetreuung aussehen muss und welche Leistungen angeboten werden müssen, sich aber trotz „sprudelnder Steuereinnahmen“ nicht angemessen an den Kosten beteiligen, werden viel Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren überschuldet sein. Das Defizit in der Kinderbetreuung beläuft sich in diesem Jahr in unserem Haushalt auf rund 5 Mio. € Das ist eine Kostendeckung von gerade mal 12 %. Daher muss in den kommenden Jahren auch über eine Gebührenerhöhung in diesen Einrichtungen nachgedacht werden.

Von 2015 bis 2019 belaufen sich die Kosten für Baumaßnahmen auf 45 Mio. € Es muss in der gegenwärtigen Situation daher erlaubt sein, das eine oder andere Bauvorhaben zu hinterfragen. So z.B. die angestrebte Aufstockung des Seitenflügels am Rathaus. Dies ist uns unverständlich, wo doch in Leopoldshafen mit vergleichsweise geringem Aufwand die ehemalige Verwaltungsstelle kurzfristig wieder verfügbar gemacht und das Bauamt dorthin ausgelagert werden könnte. Immerhin war dort bis zur Auslagerung nach Maulbronn noch bis vor zwei Jahren das Grundbuchamt untergebracht. Das Totschlagargument „Neu bauen ist wirtschaftlicher als

sanieren“ lassen wir in diesem Fall nicht gelten. Es kommt immer darauf an welche Ansprüche man an eine Gebäudesanierung stellt. Telefon- und Internetanschlüsse sind z.B. vorhanden. Wir müssen aus unserer Sicht in Zukunft sorgfältig abwägen, welche Investitionen wirklich notwendig sind und welche nicht. Denn es ist ein Irrglaube, dass Bund und Land den Gemeinden künftig eine bessere Finanzausstattung gewähren werden. Es war in der Vergangenheit schon immer so, dass Aufgaben zwar nach unten delegiert, aber kein Ausgleich für die Mehrkosten dafür geschaffen wurde. Und so wird es leider auch künftig sein. Es liegt deshalb in den kommenden Haushaltsjahren ausschließlich an uns, ob diese Gemeinde auch noch längerfristig finanziell eigenständig und damit handlungsfähig bleibt oder – wie in einer Nachbargemeinde bereits geschehen – uns die Aufsichtsbehörde sagt, was wir noch tun und lassen dürfen.

Sicher bedeutet der Beschluss der Haushaltssatzung nicht, dass das Geld, das für die einzelnen Maßnahmen eingestellt ist, auch tatsächlich so ausgegeben wird. Jede Maßnahme wird im Gemeinderat noch einmal beraten, ob und wie sie ausgeführt wird. Steht aber im Haushalt ein Titel „Aufstockung Nebengebäude Rathaus“, so wird doch vom Bauamt vorgegeben dass man eine Sanierung des Rathauses in Leopoldshafen gar nicht in Betracht zieht. Würde der Titel stattdessen „Verbesserung der Raumsituation in der Verwaltung“ stehen, könnte ergebnisoffen darüber diskutiert werden.

Im Eigenbetrieb Abwasser haben wir in 2016 eine Gesamtverschuldung von annähernd 12 Millionen Euro, die hauptsächlich durch die in der Eigenkontrollverordnung vorgeschriebene Befahrung der Abwasserkanäle und der daraus resultierenden Kosten des Sanierungs- und Reparaturplanes entstanden sind.

Für den Eigenbetrieb beträgt die Steigerung von 2014 nach 2019 rund 3 Mio. € also ca. 92 %. Anfang des Jahres haben wir das bis dahin vom KIT, dem früheren Forschungszentrum, angepachtete Wasserwerk Tiefgestade für 600.000 € erworben. Ein vorliegendes Gutachten präferiert nun, das bestehende Gebäude abzureißen und ein neues zu bauen. Dabei stellt sich für uns die Frage, warum haben wir das Wasserwerk für teures Geld gekauft und nicht einfach gleich ein neues gebaut, wenn wir es doch besser abreißen sollen. Die langfristige Strategie war von Anfang an, das Wasserwerk zu sanieren. Dazu wurden in der Vergangenheit schon einige Investitionen getätigt. Die Kostenberechnung eines Sanierungsplanes vom Bauamt aus 2009 für diese Arbeiten beliefen sich auf 950.000,- € und wurden seinerzeit nur verschoben, da der Kauf sich verzögerte. Selbst wenn man auf diesen damals ermittelten Kosten Aufwand eine Kostensteigerung von 15% aufschlägt, liegen wir erst bei 1.092.500,- € was realistisch ist, und könnten bei einer Sanierung gegenüber einem Neubau, wie in dem Gutachten vorgeschlagen wird, sicher 1 Mio. einsparen. Aber auch hier gilt: Welche Anforderungen stelle ich bei der Sanierung an so ein Gebäude? Es muss doch wohl in erster Linie funktionieren!

Um flächendeckend den Breitbandausbau im Landkreis zu fördern und zu forcieren, hat sich unsere Gemeinde mit 30 Städten und Gemeinden solidarisch gezeigt und sich zum Breit-Band Kabel Landkreis Karlsruhe (BLK) zusammengeschlossen. Im kommenden Jahr wird nun in Eggenstein der erste POP Verteiler, im Jahr darauf ein zweiter in Leopoldshafen installiert werden. Die Gründung der BLK und die Erstellung eines Masterplanes waren sinnvoll und haben die Telekommunikationsunternehmen ganz offensichtlich zum Handeln gezwungen. Mittlerweile wird auch in unserer Gemeinde damit begonnen, leistungsfähige Glasfaser-Anbindungen auszubauen. Damit scheint der Plan aufgegangen zu sein, die öffentliche Hand als Katalysator zu nutzen. Weitere Schritte und Investitionen seitens der Gemeinde sollten nun aber gut überlegt werden.

Zum Schluss bedanken wir uns bei Herrn Bürgermeister Bernd Stober, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei unserer Kämmerin, Frau Tanja Eickel, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die erneute vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Haushaltsjahr und hoffen, mit Ihnen gemeinsam die schwierigen Aufgaben des Haushaltsjahres 2016 erfolgreich lösen zu können.

Die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger e.V. stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2016 zu.

Wilfried Jahraus